

Verhinderungstaktik der Rheinbreitbacher Bürger hat Erfolg

Installation am umstrittenen Sendemast scheitert - Geparkte Autos blockieren die Baustelle

Von Horst-Dieter Küsters



Rheinbreitbach. "Abbruch. Der Kranwagen kehrt unverrichteter Dinge um!" Freude herrschte am Donnerstag bei den Mitgliedern der "Initiative immissionsarmes Wohnen Rheinbreitbach" angesichts dieser Nachricht. Ihr "Einsatz" an der Rheinblickstraße war von Erfolg gekrönt.



Denn eigentlich hatte an diesem Tag die Systemtechnik für einen Sendemast des Mobilfunkunternehmens O 2 per Großkran auf die Burg Steineck gehoben und dort im Mast installiert werden sollen. Doch die Aktion scheiterte gründlich: Um 10.30 Uhr machte notgedrungen zunächst der Kranwagen, danach auch der Lastwagen mit den Technik-Modulen wieder kehrt.

Wie mehrfach berichtet, wehren sich die Anlieger gegen die Errichtung des Sendemastes, der rund 20 Meter auf dem Gebäude in die Höhe ragt. Doch nicht die Höhe, vielmehr die Unklarheit darüber, wie schädlich die von dem Sender ausgehenden Strahlungen sind, bereiten ihnen Sorge.

Der Gemeinderat hatte das ähnlich gesehen, eine Genehmigung versagt und später eine Resolution zur Unterstützung der Initiative verabschiedet. Der Kreis Neuwied indes machte von seinem Recht Gebrauch, diese Entscheidung wieder aufzuheben - und erteilte die Baugenehmigung, gegen die die Initiative Widerspruch eingelegt hat, per Eilantrag. Mitte November wurde zudem ein wegen fehlender Statiknachweise verhängter Baustopp vom Kreis wieder aufgehoben, die Arbeiten begannen. Und am Donnerstag schließlich sollte die umstrittene Sendetechnik eingesetzt werden.

Doch weit gefehlt. Schon morgens um 8 Uhr hatten sich rund 15 Anwohner der Rheinblick- und der Simrockstraße an der T-Kreuzung der beiden Straßen versammelt. Dreh- und Angelpunkt, so Margret Meyer für die Bürgerinitiative: Es gehe darum, zu verhindern, dass "O 2 Fakten schaffen kann".

"Von einer richtigen Blockade der Straße kann keine Rede sein. Wir haben an der Rheinblickstraße lediglich unsere Wagen abgestellt, weil an der Simrockstraße heute absolutes Halteverbot besteht, damit der Kranwagen dort die Technik für den Sendemast auf das Dach von Burg Steineck hieven kann", so Meyer weiter. Die Initiative lege allergrößten Wert darauf, dass sie sich keinesfalls illegaler Mittel bediene.

Die Aktion wirkte. Nur eine Stunde später parkte der Kranfahrer frustriert seinen Schwerlastler auf der Rheinblickstraße. Ein Weiterkommen, geschweige denn ein Einbiegen auf die Simrockstraße zur "Baustelle" war ihm wegen der parkenden Autos nicht möglich. Andere Fahrzeuge konnten die Straße ohne Schwierigkeiten passieren.

Selbst die alarmierte Polizei, die von Bürgermeister Karsten Fehr und dem Ersten Beigeordneten Ansgar Federhen an Ort und Stelle über die Situation informiert wurde, stellte fest: "Die Fahrzeuge sind ordnungsgemäß abgestellt."

Abgeschleppt wird keines." In der Weigerung der anwesenden Fahrzeughalter, die Straße für den Kranwagen passierbar zu machen, erkannte Oberkommissar Rainer Otter allerdings den Vorsatz der Behinderung: "Dadurch könnte das Unternehmen möglicherweise berechtigt sein, Regressansprüche zu stellen."

"Dem sehen wir gelassen entgegen", war unterdes von der Initiative zu hören, die den Sendemast in dem reinen Wohngebiet unbedingt verhindern will. "Die Baugenehmigung wird jetzt vom Kreis damit begründet, dies sei kein reines Wohngebiet, hier gebe es 35 Betriebe. Bei genauer Prüfung bleiben neben Burg Steineck als Sitz des Missionswerks »Der Weg zu Jesu« allerdings nur noch ein Hotel und ein Zahntechniker übrig", so Meyer.

Dass die Sendemastgegner noch lange nicht gewonnen haben, ist ihnen klar. "Zumindest haben wir mit diesem Teilerfolg einen Aufschub erreicht - mit völlig legalen Mitteln. Vielleicht reicht die gewonnene Zeit ja unseren Rechtsanwälten, die absolut unverständliche, gegen den Willen der Bürger und des Gemeinderates getroffene Entscheidung der Kreisverwaltung rückgängig zu machen", erklärten sie.

Dieses Ziel steht jedenfalls ganz oben auf der Wunschliste der Initiative. Vielleicht hat ja auch der offene Protestbrief Erfolg, den Walter Engelbert im Namen der Anlieger an Landrat Rainer Kaul geschrieben hat.

Artikel vom 18.12.2009

Artikel bookmarken bei...     



General-Anzeiger Abo-Bestellung